

Protokoll:	Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	152
		TOP:	19a
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	19.05.2020		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	der Vorsitzende		
Protokollführung:	Frau Schmidt / de		
Betreff:	"Stadt am Fluss und ein neuer Betriebsstandort für unsere Stadtwerke, beides ist wichtig" - gemeins. Antrag Nr. 33/2020 vom 18.02.2020 (CDU, 90/GRÜNE, SPD, FDP, FW, PULS) - mündlicher Bericht -		

Vorgang: Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen vom 08.05.2020, öffentlich, Nr. 28
Ergebnis: Kenntnisnahme

Der im Betreff genannte Antrag ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei- anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei ist sie in Papier- form angehängt.

BM Pätzold erläutert anhand der Präsentation die weiteren Schritte des Wettbewerbs- verfahrens. Zunächst stellt er die Wettbewerbsfläche (Folien 2 und 3) sowie die Eigen- tumsverhältnisse des rund 61 ha großen Gebietes dar (Folie 4). Da ein Großteil der Flä- che der EnBW gehöre, bestehe der Auftrag, den Wettbewerb gemeinsam mit der EnBW durchzuführen. Dazu werde es in der kommenden Woche Gespräche mit dem Partner geben. Der Vorsitzende führt weiter aus, dass Stuttgart Netze an einem Interimsstand-

ort am Gaswerk untergebracht werden solle. Der bisherige Standort "Am Stöckach" müsse aufgegeben werden, da die EnBW dort zügig mit den vorbereitenden Arbeiten zur Entwicklung des "Neuen Stöckach" beginnen wolle (Folie 6). Vorschlag sei nun ein nichtoffener internationaler Ideenwettbewerb mit rund 24 Teilnehmern, wovon sechs Büros gesetzt seien; 18 weitere könnten sich zusätzlich bewerben. Wichtig sei, dass es sich dabei um eine Arbeitsgemeinschaft aus Stadtplanern, Architekten und Landschaftsarchitekten handle. Vorgeschrieben sei die Hinzuziehung von Ingenieuren der Fachrichtung "Verkehrsplanung/Tiefbau/Mobilität" als Fachberater. Diesbezüglich weist er auf den Umgang mit der B10, wofür eine Machbarkeitsstudie vorliege. Diese Studie sei ein zentraler Baustein und Teil der Wettbewerbsunterlagen. Des Weiteren werde die Beteiligung eines Experten im Fachbereich Nachhaltigkeit empfohlen, denn dieses Projekt sei als perspektivisches Vorhaben im Rahmen der IBA angemeldet (Folie 7). Wenn die Gespräche mit der EnBW beendet seien, erfolge ein Bericht im Ausschuss, die Einholung eines Zielbeschlusses und schließlich die Durchführung des Wettbewerbs in der ersten Jahreshälfte 2021 (Folie 8).

StR Kotz (CDU) betont den städtebaulichen Schwerpunkt des Projektes. Aufgrund der Größe der Fläche sei der Ideenwettbewerb ausgesprochen wichtig. Die "übliche" Vorgehensweise werde diesem nicht gerecht, daher danke er für das geänderte Verfahren. Er begrüße es, in der ersten Ausschusssitzung nach den Pfingstferien einen gemeinsamen Arbeitsplan zu erhalten, um in drei bis vier Zwischenschritten einen abgestimmten Auslobungstext zu erarbeiten. Das Thema sei extrem wichtig, und seine Fraktion wolle sich verstärkt einbringen.

Der Vorschlag für die Vorgehensweise im Wettbewerb stößt bei StR Peterhoff (90/GRÜNE) auf Zustimmung. Es sei sinnvoll, sich für die Ausgestaltung mehr Zeit zu nehmen.

Für StR Rockenbach (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) ergibt sich mit dem Wettbewerb die Chance, ein großes Areal neu zu ordnen. Für die Einordnung des Projektes sei es sinnvoll, frühestmöglich ein Prozessdesign zu implementieren. Dies sei auch wichtig bei den nachfolgenden Formaten der Umsetzung und Vertiefung. Die Anmeldung als IBA-Projekt sei zu begrüßen. Bei dieser Größenordnung und Komplexität könne über neue Projektstrukturen nachgedacht werden. Entscheidend sei die Frage, wer die Federführung des Projektes übernehme. Es gehe um immense Erschließungskosten für Infrastruktur und die Bedeutung der öffentlichen Räume. Ein solch komplexes Projekt könne nicht in einem einfachen Wettbewerb und Kooperationsgesprächen umgesetzt werden. Der Stadtrat schlägt stattdessen einen öffentlichen Entwicklungsträger vor. Wenn daran gedacht werde, die B10 zu verlegen, könnten diese "gigantischen" Kosten nur durch die Mehrwertschöpfung des Planungsgewinnes finanziert werden. Für das Wettbewerbsgebiet selbst schlägt der Stadtrat vor, dieses um Ideenbereiche zu ergänzen, die sich an den relevanten Anschlussstellen zur existierenden Stadt orientierten. Oberhalb des Wasserwerks ergäben sich relevante Fragen, wie etwa der Übergang zum Villa-Berg-Park erfolgen könne. Ebenso sei der "Sprung" über den Neckar wichtig; diese Teile, wie auch die Flächen Richtung Ulmer Straße, müssten ebenfalls in das Wettbewerbsgebiet miteinbezogen werden. Abschließend betont er die Wichtigkeit des Standortes der Stadtwerke. Ein weiteres Interim sei keine optimale Lösung, sondern es müsste sofort der endgültige Standort am Neckar bezogen werden.

Die Bedeutung des Raumes, zu dem der Fluss, die Firma Daimler, die Bundesstraßen und Energiestandorte gehörten, betont StR Körner (SPD). In der Machbarkeitsstudie als

Begleitmaßnahme zum Rosensteintunnel sei dargestellt worden, dass auch Wohnen und damit mehr Leben am Fluss möglich sei. Der Stadtrat greift das Wettbewerbsgebiet auf. Er halte es "nicht für falsch", dieses über den Fluss hinaus auszudehnen. Er regt an, die Firma Daimler in den Wettbewerb miteinzubeziehen. Es sei eine spannende Frage, wie Arbeitnehmer aus dem Rems- und Neckartal ohne Auto zu ihren Arbeitsplätzen in der Innenstadt gelangen könnten. Im Bereich der Energie spricht er Fernwärme und erneuerbare Energien an. Im Wettbewerbsgebiet müsse dies entsprechend geprüft werden.

StR Serwani (FDP) begrüßt das Vorgehen, in einer späteren Sitzung zunächst die Zwischenschritte für den Wettbewerb vorzustellen, da bereits zahlreiche Aspekte benannt worden seien.

Die Frage der Eigentumsverhältnisse spricht StR Zeeb (FW) an. Die Interessen der zahlreichen privaten Eigentümer müssten in diesem Verfahren berücksichtigt werden.

Die Bedeutung des Areals betont StR Goller (AfD). Er schlägt vor, im Wettbewerbsprozess über eine stufenweise Prüfung zu einem Ergebnis zu kommen.

StRin Köngeter (PULS) möchte wissen, warum für das Wettbewerbsteam ein Experte für Nachhaltigkeit nur empfohlen, aber im Gegensatz zu einem Verkehrsplaner nicht vorgeschrieben sei. Im Hinblick auf die IBA schlage sie vor, diesen ebenfalls als verpflichtend zu benennen.

Laut StR Ozasek (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) müsse die SSB in den nächsten zwei Jahren strategische Entscheidungen treffen, wie der Busflottenmix der Zukunft aussehen werde. Dies habe konkrete Wechselwirkungen mit dem bestehenden Gelände. Im Busdepot Gaisburg seien die Kapazitäten voraussichtlich nicht ausreichend für eine stärker elektrifizierte Busflotte. Er bitte darum, mit der SSB das Gespräch zu suchen, ob aus Synergiegründen möglichst nahe zum bestehenden Depot weitere Flächen bereitgestellt werden könnten.

Für StR Goller hat die Frage der Infrastruktur Priorität. Das Gebiet müsse gut angeschlossen werden und Durchgängigkeit bieten.

Die Idee, den Fluss zu überqueren und die Firma Daimler anzusprechen, begrüßt StR Peterhoff. Dadurch dürfe aber das Projekt der Wasenpromenade nicht ausgebremst werden.

BM Pätzold erklärt, es sei aufgrund der Größe des Projektes und der zahlreichen Schnittstellen sinnvoll, vor Auslobung eines Wettbewerbs zunächst einen Zielbeschluss zu fassen. Darin seien die Themen Wettbewerbsgebiet sowie Einbindung des Bezirksbeirates Ost, der Bürger und ansässiger Unternehmen enthalten. Es werde ein Vorschlag erarbeitet, wie dieser Zielbeschluss erreicht werden könne. Es sei wichtig, dass die Verbindungen zum Park der Villa Berg wie auch über den Neckar stattfänden. Zu Beginn müsse eine Idee für das Gebiet entwickelt werden. Dazu gehöre eine Aussage der EnBW, welche Flächen zukünftig für Energie noch benötigt würden (Verteilerknoten, Gaskessel etc.).

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen mehr ergeben, stellt der Vorsitzende fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik hat von dem Bericht Kenntnis genommen. Für eine Sitzung nach den Pfingstferien kündigt er einen Vorschlag zum weiteren Verfahren an.

Zur Beurkundung

Schmidt / de

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)
Baurechtsamt (2)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Liegenschaftsamt (2)
SWS
 3. Referat SOS
Amt für öffentliche Ordnung
 4. BVin Ost
 5. Rechnungsprüfungsamt
 6. L/OB-K
 7. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS